

Anonyme Sachen bieten immer Nahrung für Gerüchte, Vorurteile und Vorverurteilungen, was nicht unterstützt oder gut geheissen werden kann.

Neu in der Baukommission kann Daniel Andrist begrüsst werden, welcher schon früher in der Schulkommission sein Engagement gezeigt hat. Willkommen zurück Daniel. Alle anderen bisherigen Bau- sowie Schulkommissionsmitglieder sind in stiller Wahl bestätigt worden. Er gratuliert allen zur Ihrer Wahl und freut sich, mit ihnen die neue Legislaturperiode in Angriff nehmen zu dürfen.

Bevor zur ordentlichen Gemeindeversammlung übergegangen wird, sollen die Jungbürger geehrt werden.

Dieses Jahr werden oder wurden 13 junge Erwachsene mit Jahrgang 1995 volljährig und somit in diesem Jahr Jungbürger. Er bittet die Jungbürger, nach vorne zu kommen.

Der 18. Geburtstag ist ein Schritt vom Kindes- und Jugendalter hinüber in die Volljährigkeit. Dies eröffnet neue Möglichkeiten, neue Freiheiten und bringt neue Rechte. Wo aber Rechte sind, sind auch Pflichten nicht weit. Volljährigkeit bedeutet, aktiv ins gesellschaftliche Leben einzugreifen, sich voll einzubringen und an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Andererseits gilt es auch gegenüber der Umwelt und den Mitmenschen ein hohes Mass an Verantwortung zu übernehmen.

Oft werden den jungen Menschen ihr **Ungestüm**, ihre **andere Sichtweise** und ihre **Unerfahrenheit** zum Vorwurf gemacht. Diese drei Aspekte kann man aber auch positiv interpretieren: Ungestüm ist nichts anderes als Engagement und der unbändige Wille zur Teilnahme an Veränderungen. Eine andere Sichtweise eröffnet neue, unkonventionelle und zukunftssträchtige Blickwinkel. Unerfahrenheit bietet die Möglichkeit, sich unvoreingenommen auf etwas einzulassen. So müssen die älteren Semester einsehen, dass die Jugend auch sehr viel Positives hat.

Deshalb rät er den Jungbürgern: Zeigt Euch im positivem Sinne **ungestüm**, zeigt Euch **unkonventionell** und **unerfahren**. Übernehmt Verantwortung, gestaltet Eure eigene, persönliche Zukunft. Gestaltet aber ebenso diejenige Zukunft unserer Gesellschaft und diejenige von Amsoldingen.

Neben dem Jungbürgerbrief und der Bundesverfassung will er noch ein weiteres Geschenk übergeben: Er weiss nicht, wer Hape Kerkeling, den deutschen Komiker, kennt. Als Hape Kerkeling im Alter von siebenunddreißig Jahren einen Hörsturz erleidet und ihm ausserdem die Gallenblase entfernt werden muss, besinnt er sich und beschließt, auf dem Jakobsweg nach Santiago de Compostela zu pilgern. Darüber schreibt er ein Buch mit dem Titel: Ich bin dann mal weg.

Ein Kritiker hat das Buch so beschrieben: *In seinem Buch erzählt Hape Kerkeling von seinen Erlebnissen im Sommer 2001 auf dem Jakobsweg. Anfangs ist er nicht sicher, ob er die Strapazen der 800 km langen Wanderung aushält. Drei Wochen lang zieht er es vor, allein zu wandern, dann sehnt er sich nach Gesprächen und gewinnt schliesslich neue Freundinnen. Zwischendurch lässt er sich auf Begegnungen mit skurrilen Sonderlingen ein. Biedere Deutsche, heuchlerische Katholiken und mannstolle Brasilianerinnen hält er bis zum Schluss auf Distanz.*

Er ist auf seinem Jakobsweg zwar nicht durch Amsoldingen gelaufen, aber wenn man das Buch liest, merkt man, dass ein wichtiges, in diesem Fall ein gesundheitliches, Ereignis, eine Person richtig durchrütteln kann. Hape Kerkeling ist mit 37 Jahren nochmals **ungestüm** gewesen, hat die Pilgerreise **unkonventionell** in Angriff genommen und ist sehr **unerfahren** losgelaufen.

Hape war 1 ½ Monate unterwegs. Am 13. Tag schreibt er: Eigentlich beginne ich die Pilgerreise jeden Tag aufs Neue. Hab nicht das Gefühl, eine Reise zu machen, sondern tausend kleine Reisen. Jeden Tag muss ich mich neu motivieren. Die Aufgabe, die dieser Weg einem Pilger immer wieder neu stellt, dessen bin ich mir jetzt sicher, heisst: „Sei einfach nur du selbst! Sei nicht mehr und nicht weniger als das!“

In diesem Sinn, liebe Jungbürger: Egal was kommt, und es wird Einiges auf Euch zukommen, bleibt einfach nur Euch selbst.

Folgenden Jungbürgern werden der Bürgerbrief und das Geschenk überreicht:

- Michael Andrist
- Marcel Bruni
- Rahel Friedli
- Sina Hiltbrand
- Vanessa Joss
- Nico Kyburz
- Sascha Moser
- Laura Poletti
- Olaf Ritschard
- Michel Schädler
- Sarah Selina Zbinden

Entschuldigt sind Romano Josi und Corinne Liebi.

Applaus im Saal

Die Gemeindeversammlung wurde ordentlich mittels Publikation im Thuner Amtsanzeiger bekannt gegeben. Zudem wurden die Botschaften zur Versammlung in Form des „Asudinger“ allen Haushaltungen zugestellt.

Stimmberechtigt sind Schweizer, die seit mind. 3 Monaten in der Gemeinde wohnhaft sind und ihren 18. Geburtstag bereits zurückgelegt haben und nicht nach Artikel 398 ZGB einer umfassenden Beistandschaft unterstehen.

Es wird festgestellt, dass die Anwesenden im Besitz des Gemeindestimmrechts sind, mit Ausnahme von
Nico Kyburz
Laura Poletti
Therese von Känel
Marco Riitano

Von der Presse ist anwesend Frau Kunz, Thuner Tagblatt (nicht stimmberechtigt)

Präsident Stefan Gyger erklärt die Gemeindeversammlung als eröffnet.

Als Stimmzähler werden vorgeschlagen und gewählt:

1. Stefan Haussener
2. Hans Joss
3. Therese Schüpbach
4. Ruedi Bruni
5. Alex Brunner

Präsident Stefan Gyger gibt die heutigen Traktanden bekannt, die wie folgt lauten:

1. Genehmigung des Voranschlags, Festlegung der Steueranlage und der Liegenschaftssteuer für das Jahr 2014 sowie Orientierung über das Investitionsbudget 2014 sowie die Finanzplanung 2014 bis 2018
2. Regionaler Sozialdienst. Genehmigung Aufhebung Reglement Übertragung Sozialdienste an Thun per 31.12.2013 und Genehmigung Anschlussvertrag an Regionalen Sozialdienst Uetendorf ab 01.01.2014
3. Abfallreglement mit Gebührentarif. Genehmigung Änderungen per 01.01.2014
4. Personalreglement, Änderungen Anhang II Entschädigungen per 01.01.2014. Konsultativabstimmung
5. Planungsgruppe Bildung Amsoldingen 2015. Informationen
6. Verschiedenes

Präsident Stefan Gyger weist auf Folgendes hin:

Beschwerden gegen Versammlungsbeschlüsse sind innert 30 Tagen (in Wahlsachen innert 10 Tagen) nach der Versammlung schriftlich und begründet beim Regierungsstatthalteramt Thun einzureichen (Art. 63 ff Verwaltungsrechtspflegegesetz VRPG). Die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften ist sofort zu beanstanden (Art. 49a Gemeindegesetz GG; Rügepflicht). Wer rechtzeitig Rügen pflichtwidrig unterlassen hat, kann gegen Wahlen und Beschlüsse nachträglich nicht mehr Beschwerde führen.

Beschluss

Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Präsident Stefan Gyger informiert, dass folgender Brief der SVP Amsoldingen an den Gemeinderat zu Händen der Gemeindeversammlung eingegangen ist:

„Amsoldingen, 13. November 2013

Sehr geehrter Gemeindepräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte
Sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die SVP-Sektion-Amsoldingen hat an Ihrer Parteiversammlung die an der Gemeindeversammlung traktandierten Geschäfte diskutiert und ist zu folgenden Wahlempfehlungen gekommen:

1. Voranschlag 2014

Nach dem Aufwandüberschuss vom 2012 und dem voraussichtlichen Aufwandüberschuss im 2013, haben wir mit Bedauern vom budgetierten Aufwandüberschuss im 2014 von Fr. 65'290.— Kenntnis genommen. Mit der Überzeugung, dass der Gemeinderat den Voranschlag Gewissenhaft und Sparsam vorgenommen hat, empfehlen wir der Gemeindeversammlung, den Voranschlag zu genehmigen.

2. Übertragung des Regionalen Sozialdienstes an Uetendorf

Dieser Übertrag kann nach unserem Empfinden der Gemeinde Amsoldingen aufgrund des

neuen KESB fast nur Vorteile bringen. Deshalb empfehlen wir dieser Übertragung zuzustimmen.

3. Abfallreglement

Damit eine klare und für den Bewohner von Amsoldingen gerechte Erhebung der Grundgebühren möglich ist, empfehlen wir dieser Anpassung zuzustimmen.

4. Personalreglement. Anhang II

Die neuen Entschädigungen wurden aufgrund der Interventionen an der letzten Gemeindeversammlung durch den Gemeinderat angepasst. Wir empfehlen dieser Anpassung nun zuzustimmen.

Wir danken allen Gemeindeangestellten, sowie allen Exekutivmitgliedern, insbesondere dem abtretenden Gemeinderat Roland Grossenbacher, für die geleistete Arbeit im 2013.

Freundliche Grüsse

Schweizerische Volkspartei
Sektion Amsoldingen“

Traktandum 1

1	8.111 8.100	Jahresvoranschlag Finanzplanung, Voranschlag, Verwaltungsrechnung <u>Genehmigung des Voranschlags, Festlegung der Steueranlage und der Liegenschaftssteuer für das Jahr 2014 sowie Orientierung über das Investitionsbudget 2014 und die Finanzplanung 2014 bis 2018</u>
---	----------------	---

Referent Niklaus Schwarz

Finanzplan

Der Finanzplan dient der Gemeinde als finanzpolitisches **Informations- und Arbeitsinstrument**.

Er zeigt **den Trend** der Gemeindefinanzen in der Prognoseperiode 2014 bis 2018 auf.

Der Finanzplan **basiert** auf Empfehlungen der Kantonalen Planungsgruppe, der Kantonalen Finanzplanung und Abschätzungen, zum Teil Offerten, Annahmen und Richtwerten

Neben den Einnahmen sind vor allem auch die Investitionen näher anzuschauen: Welche Auswirkungen hat zum Beispiel die Sanierung der Mehrzweckanlage für 1.5 Mio. Franken?

Was geschieht mit den Wasserleitungen, welche zum Teil über 100 Jahre alt sind?

In Amsoldingen stehen grosse Infrastrukturprojekte in Millionenhöhe an:

- Sanierung MZA
- Schulhaus
- Wasserleitungsnetz (Spez. Finanzierung)

An dieser Stelle informiert Niklaus Schwarz über die Investitionen, welche über Steuergelder zu finanzieren sind:

Investition für	2014	2015	2016	2017	2018	Später
Sanierung Wahlenbach						
Neuanschaffung EDV						
Neuvermessung/Vermarchung						
Renovation MZA						
Schulhaus						
Beleuchtung Kindergarten Zugang						

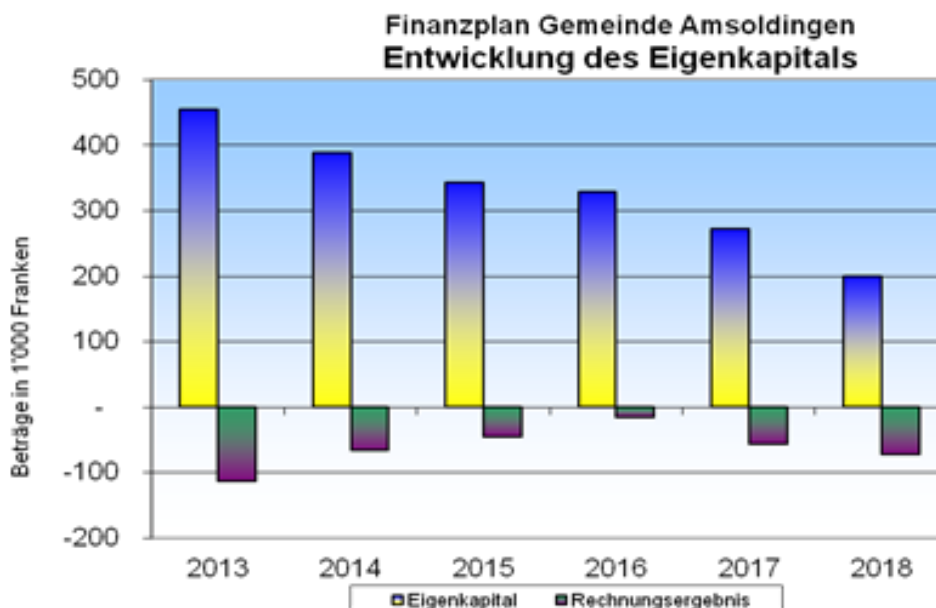
Die Renovation der MZA und des Schulhauses gehen über eine lange Zeit. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch unklar, wie es mit der Schule weitergeht. Daher ist vorerst geplant, eine Konzeptplanung zu erstellen, welche dann die Grundlage bietet für eine spätere Auslösung der Planeraufträge.

Im Finanzplan ist ebenfalls ersichtlich, dass zuerst die Mehrzweckanlage saniert werden soll und erst anschliessend das Projekt Schulhaus angegangen werden soll.

Diese Priorisierung erfolgt aus zwei Gründen: Die Projektbetreuung wird sehr intensiv werden, die Ressourcen werden nicht ausreichen, um gleichzeitig zwei Projekte in dieser Grösse zu betreuen. Die noch ungewisse Lösung betreffend der Schule spricht ebenfalls dafür, dieses Projekt erst später in Angriff zu nehmen.

Unter Berücksichtigung von möglichen **Beiträgen**, der **Mehrwertabschöpfung** und **HRM 2**, muss der Steuerfuss gemäss heutigen Kenntnissen durch die Sanierungen der MZA und Schulhaus noch nicht erhöht werden.

In den nächsten Jahren werden immer Aufwandüberschüsse budgetiert werden – nicht so, wie im Thuner Tagblatt vom Montag erwähnt. Das Eigenkapital bleibt aber immer im positiven Bereich. Im Jahr 2018 wird immer noch ein Eigenkapital von CHF 200'000.— vorhanden sein, daher steht eine Anpassung der Steueranlage nicht im Vordergrund.



Welche Auswirkungen die Erneuerung des Wasserleitungsnetzes auf den Tarif haben wird, wird die geplante Konzept- und Erneuerungsplanung im nächsten Jahr zeigen.

Voranschlag 2014

Die Gemeindefinanzen – nicht nur von Amsoldingen – stehen allgemein etwas unter Druck, dies unter anderem aus folgenden Gründen:

- Lastenverteilung
- Ergänzungsleistungen
- öffentlicher Verkehr
- allgemeine Abwälzung von Kosten
- etc.

Der Voranschlag 2014 ist geprägt von vielen «fixen» und «nicht beeinflussbaren» Kostenpositionen. Dies betrifft weit über 80 % der Positionen.

Der Voranschlag 2014 wurde anhand

- der Rechnung 2012
- dem Voranschlag 2013
- der Planungshilfe Kanton
- Erfahrungswerten und Richtofferten, Annahmen oder Offerten erstellt.

Trotz gezielter und strikter Budgetplanung rechnet der Voranschlag 2014 mit einem Aufwandüberschuss.

Jedoch kann der Überschuss mit rund CHF 65'000.00 im Rahmen gehalten werden, so dass eine Steuererhöhung für das 2014 kein Thema war.

Niklaus Schwarz erläutert kurz die einzelnen Bereiche:

0 Allgemeine Verwaltung

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
432'325.00	66'500.00	410'460.00	67'900.00	533'212.92	240'623.00
365'825.00		342'560.00		292'589.92	

- Höhere Heizölkosten
- Höherer Unterhalt
- Höhere Entschädigungen
- Tiefere Verwaltungskosten

1 Öffentliche Sicherheit

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
125'100.00	115'400.00	102'600.00	104'900.00	116'413.25	115'000.55
9'700.00			2'300.00	1'412.70	

- Sanierungsarbeiten Anlage Waldegg und Hohle. Dort werden Drittrechnungen auf die Gemeinde zukommen, welche nicht komplett über die Spezialfinanzierung abgewickelt werden können.

2 Bildung

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
998'740.00	481'410.00	989'853.00	433'660	945'669.23	303'234.12
517'330.00		596'193.00		642'435.11	

- Primarschule tiefer budgetiert
- Oberstufe tiefer budgetiert
- Abhängig von Schülerzahlen

3 Freizeit und Kultur

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
13'260.00	8'500.00	12'750.00	9'000.00	10'754.55	8'484.50
4'760.00		3'750.00		2'270.05	

- Kaum eine Veränderung

4 Gesundheit

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
3'000.00	0.00	3'700.00	0.00	2'682.25	0.00
3'000.00		3'700.00		2'682.25	

- Kaum eine Veränderung

5 Soziale Wohlfahrt

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
612'920.00	33'420.00	623'300.00	28'500.00	588'223.10	27'826.75
579'500.00		594'800.00		560'396.35	

- Vergleich: Höher als Bildung, aber tiefer als der Voranschlag 2013. Die Zahlen basieren auf der Planungshilfe des Kantons

6 Verkehr

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
232'700.00	63'700.00	246'000.00	61'800.00	234'618.55	50'021.85
169'000.00		184'200.00		184'596.70	

- Tiefer als Vorjahr
- Effizientes Schneeräumen
- Weniger Strassenunterhalt notwendig
- SBB Abo teurer (Wenn es zu 100 % ausgelastet wäre, könnte es evtl. kostendeckend sein. Daher Aufruf: Bitte nutzen Sie das Angebot!)

7 Umwelt und Raumordnung

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
566'700.00	542'600.00	555'500.00	530'500.00	491'433.20	450'955.70
24'100.00		25'000.00		40'477.50	

- Wasser + 15'000.00 Einlage SFWE
- Abfall Reduktion der Gebühren, Mehrleistung
- Daher Nullsummenspiel

8 Volkswirtschaft

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
1'000.00	31'000.00	700.00	31'000.00	1'191.55	31'382.00
	30'000.00		30'300.00		30'190.45

- Kaum eine Veränderung

9 Finanzen

Voranschlag 2014		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
320'500.00	1'898'425.00	289'630.00	1'791'654.00	214'247.93	1'864'506.35
	1'577'925.00		1'502'024.00		1'650'258.42

- Erträge (Steuern / Lastenausgleich) Erfa Zahlen
- Zuwachs 0.5 % anstelle 2,2 % gem. Kanton (vorsichtiger budgetiert als Kanton)
- Bezug aus Rückstellungen Steuerteilungen
- Steuerfuss 1.74 wie heute

Mit gleichen Steueranlagen und Gebühren (ausser Abfall) zeigt der Voranschlag 2014 folgendes Gesamtergebnis:

Gesamtaufwand	3'306'245.00
Gesamtertrag	3'240'955.00
Aufwandüberschuss	65'290.00
Davon Abschreibungen	128'000.00
(Voranschlag 2013	175'579.00.00 – viel tiefer als Budget 2013)

Auswirkungen auf Eigenkapital:

Das Eigenkapital nimmt laufend ab. Die nachfolgend präsentierten Zahlen sind Planzahlen. Die einzige bekannte Zahl ist der Stand per 31.12.2012

Stand 31.12.2012	567'812.70
Aufwandüberschuss Voranschlag 2013	175'579.00
Aufwandüberschuss Voranschlag 2014	65'290.00
Erwartetes Eigenkapital per 31.12.2014	326'943.70

Fazit: Es bleibt noch Eigenkapital.

Es wird noch eine Entlastung geben, der Erlös aus dem Verkauf des Schlachthauses ist noch nicht berücksichtigt. Das Eigenkapital wird daher höher sein.

Investitionsrechnung 2014. Geplante Investitionen 2014

Niklaus Schwarz erläutert die Bruttobeträge der nachstehenden Investitionen.

Verwaltungsvermögen Steuerhaushalt			
Sanierung Wahlenbach	15'000	0	15'000
Beschaffung neue EDV Hard- und Software	40'000	0	40'000
Neuvermessung / Vermärchung	80'000	35'000	45'000
Konzeptplanungskredit Renovation MZA	30'000	0	30'000
Konzeptplanungskredit Schulhaus	30'000	0	30'000
Total Steuerhaushalt	195'000	35'000	160'000
Verwaltungsvermögen Spezialfinanzierungen			
Kanalisation, Sanierungen Massnahmen GEP und Investitionen nach Ortplanungsrevision	160'000	0	160'000
Wasser, Erneuerungsplanung, erste Ausführungsprojektarbeiten	50'000	0	50'000
Wasser, Investitionen nach Ortplanungsrevision	50'000	10'000	40'000
Total Spezialfinanzierungen	260'000	10'000	250'000
Total Investitionen 2014	455'000	45'000	410'000

Spezialfinanzierungen

Wasser

Die Einlage in die Spezialfinanzierung Wasser wurde von CHF 50'000.00 auf CHF 65'000.00 erhöht (noch ohne Auswirkungen auf den Tarif).

Begründung: Gemäss Vorgaben des Kantons müssen jährliche Rückstellungen gemacht werden (Wiederbeschaffungswert geteilt durch Nutzungsdauer). Seit der letzten Berechnung musste die Teuerung aufgerechnet werden. Nun resultiert ein Wiederbeschaffungswert von 5.2 Mio. Franken. Wenn dieser Betrag durch eine angenommene Lebensdauer von 80 Jahren geteilt wird, ergibt dies CHF 65'000.00.

Spezialfinanzierungen Wasser

Werterhalt (WE) Stand 31.12.2012	681'077.80
WE Einlage Voranschlag 2013	50'000.00
WE Einlage Voranschlag 2014	65'000.00

Rechnungsausgleich (RA) Stand 31.12.2012

RA Entnahme Voranschlag 2013	17'600.00
RA Entnahme Voranschlag 2014	36'500.00

Das Konto Rechnungsausgleich wird geplündert. Es wird jedoch noch darauf ankommen, was die für nächstes Jahr geplante Erneuerungsplanung ergibt.

Abwasser

Beim Abwasser sind die Bestände weniger hoch. Im Bereich dieser Leitungen wurde in letzter Zeit viel gemacht. Die Entwicklung muss beobachtet werden, evtl. kann in Zukunft über tiefere Ansätze diskutiert werden.

Spezialfinanzierungen Abwasser

Werterhalt (WE) Stand 31.12.2012	170'046.15
WE Einlage Voranschlag 2013	48'000.00
WE Einlage Voranschlag 2014	48'000.00

Rechnungsausgleich (RA) Stand 31.12.2012	83'872.45
RA Einlage Voranschlag 2013	12'500.00
RA Einlage Voranschlag 2014	27'500.00

Abfallbeseitigung

In diesem Bereich darf kein Gewinn ausgewiesen werden. Daher wurden Mehrleistungen und die Gebührenerkündigungen budgetiert, über welche im späteren Traktandum an der heutigen Versammlung beschlossen wird.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung resultiert noch eine Einlage von CHF 500.00.

Folgende Änderungen sind vorgesehen:

Gebührenerkung

Mehrpersonenhaushalt CHF 100.00 => CHF 50.00

Einpersonenhaushalt CHF 60.00 => CHF 50.00

Mehrleistungen

Papier- und Kartonsammlung

Spezialfinanzierungen Abfallbeseitigung

Stand 31.12.2012 **35'324.07**

Einlage Voranschlag 2013 7'400.00

Einlage Voranschlag 2014 500.00

Spezialfinanzierungen Feuerwehr

Stand 31.12.2012 **86'424.20**

Einlage Voranschlag 2013 3'500.00

Einlage Voranschlag 2014 2'000.00

Parameter Voranschlag 2014 zusammengefasst

- Aufwandüberschuss CHF 65'290.00
- 1.74 Steueranlage
- Anlage Liegenschaftssteuer unverändert 1.2 o/oo
- Hundetaxe unverändert CHF 60.00
- Feuerwehrdienstpflichtersatz mit 14 % der einfachen Steuer (mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00)

Beratung

Hansruedi Bircher, PBA: Er hat einige Fragen und Bemerkungen zum Voranschlag 2014. Es freue ihn, heute für die PBA Stellung zu nehmen zum Budget 2014. Für Gemeinden wie Amsoldingen ist der finanzielle Spielraum klein. Es gibt viele Unsicherheitsfaktoren, z. B. FILAG, welche Fragezeichen im Budget aufwerfen. Zudem belasten einige Kostentreiber das Budget zusätzlich.

Bekanntlich ist im Voranschlag 2014 ein Aufwandüberschuss von CHF 65'290.00 vorgesehen. Dies wäre eigentlich nicht so schlimm. Wenn man jedoch den Finanzplan bis ins Jahr 2018 genauer anschaut, resultieren immer Aufwandüberschüsse. Die Situation ist so: Es wird immer mehr ausgegeben als eingenommen. Ohne viel von Finanzen zu verstehen, heisst dies, dass entweder das Vermögen schwinden wird oder Schulden gemacht werden müssen.

Vor zwei Jahren stand im Asudinger, dass das Eigenkapital kontinuierlich steigen wird. Die aktuelle Situation zeigt nun, wie angespannt die Finanzlage ist, wenn man die vorerwähnten Kostentreiber anschaut.

Gemäss dem vorliegenden Budget 2014 steigt der Nettoaufwand der öffentlichen Verwaltung um rund CHF 70'000.00. Gleichzeitig wird ein Defizit von rund CHF 65'000.00 ausgewiesen. Wenn dies analysiert wird, gibt es zwei Gründe:

1. Zusätzliche Aufwände von CHF 29'000.00. Die Folgen der gescheiterten Fusion sind noch nicht ausgestanden (einerseits Personalabbau, andererseits fehlende Rückerstattungen von CHF 41'000.00). Dies gibt dann einen Mehraufwand von CHF 70'000.00.

2. Annahme Wachstum Wohnbevölkerung: Die PBA ist der Ansicht, dass sich ein konservatives Wachstum positiv auswirkt. FILAG hängt von der Anzahl Einwohnern ab. Es kommt jedoch darauf an, welche Leute hierher zuziehen – steuerkräftig oder weniger steuerkräftig. Personen, die hierher ziehen und ein Haus kaufen, haben dadurch in der Regel Schulden – diese Zuzüge tragen nicht viel zur Steuerkraft bei.

Zur Spezialfinanzierung wird nur das Wasserversorgungsnetz erwähnt: Eine Gebührenerhöhung wird kommen. Dies wird die Bürger so oder so belasten, egal, ob diese Erträge der Gemeinde gebühren- oder steuerfinanziert sind. Es bedeutet, dass mehr Geld aus dem eigenen Sack bezahlt werden muss. Bei den Investitionen ist es so, dass, wenn immer Aufwandüberschüsse resultieren, das Eigenkapital sinken wird. Dadurch müssen Investitionen vermehrt fremdfinanziert werden, was höhere Zinskosten verursacht.

Die PBA befürwortet die Investitionen, die getätigt werden sollen. Das künftige Schulmodell muss aber bekannt sein. Es wäre evtl. eine Option, die MZA und die Schule an einem Standort zusammenzuführen und dies in die Sanierungsplanung mit einzubeziehen.

Schlussfolgerungen

Ständige Aufwandüberschüsse bedeuten ein Leben über die Verhältnisse. Die Kantonale Planungsgruppe empfiehlt den Gemeinden, über ein Eigenkapital von rund 5 Steuerzehnteln zu verfügen (1 Steuerzehntel in Amsoldingen = rund CHF 86'000.00). Das Eigenkapital schmilzt, es ist auch keine Trendwende ersichtlich. Auch die Finanzzahlen zeigen eher das Gegenteil, zudem nimmt der Druck auf die Gemeinden immer mehr zu.

Im Moment kann der Steuersatz sicher belassen werden. Dies wird aber nicht ewig so sein. Eine Steuererhöhung wird sicher in Zukunft unumgänglich werden – aber nur wegen dem laufenden Budget und nicht wegen der Investitionen. Die PBA ist der Meinung, dass insbesondere in der Laufenden Rechnung gespart werden muss.

Antrag

Die PBA empfiehlt, den Voranschlag abzulehnen

Der Gemeinderat ist zu beauftragen, ein ausgeglichenes Betriebsbudget vorzulegen.

Frage aus der Mitte der Stimmberechtigten: Eine Besucherin fragt Hansruedi Bircher an, wer er sei und in welcher Funktion er hier referiere.

Hansruedi Bircher: Er wohne seit 20 Jahren hier in Amsoldingen. Vor rund einem Jahr habe er beschlossen, sich hier zu engagieren. Motto: Nicht nur motzen und Steuern zahlen.

Stefan Gyger: Er bedankt sich bei Hansruedi Bircher und nimmt zu einzelnen Punkten Stellung:

Die Mehrkosten in der allgemeinen Verwaltung beinhalten auch die Planungsgruppe Bildung. Hansruedi Bircher spreche ihm aus dem Herzen, dass für die Mehrzweckanlage und die Schule eine gemeinsame Lösung gesucht werden könnte. Diesbezüglich wurden schon mehrfach Gespräche geführt – eine Umsetzung würde evtl. aber an den Finanzen scheitern. Bei der Ausarbeitung des Voranschlags wurde grossen Wert darauf gelegt, Kosten zu sparen, aber nicht so, dass die Bürger etwas davon bemerken. Vor ca. 5 Jahren wurde die Steueranlage gesenkt. Dies hätte nicht gemacht werden sollen – in diesem Punkt seien er und Kaspar Ryser sich einig. Die Steuersenkung wurde aber beschlossen, davon haben alle profitiert. Für das Jahr 2015 wäre ein ausgeglichenes Budget das Ziel, dies war bereits an der diesjährigen Klausur des Gemeinderats ein Thema. Die Steuern jetzt bereits zu erhöhen, wäre aber verfrüht.

Falls an der heutigen Versammlung das Budget abgelehnt wird, heisst das, dass die Gemeinde ab 1. Januar 2014 nur noch gebundene Ausgaben tätigen kann. Das Salzen von Privatstrassen würde beispielsweise nicht mehr drin liegen.

Bei einer Budgetablehnung wäre der Auftrag klar. Es ist ihm aber wichtig, dass die Anwesenden wissen, dass ausser gebundenen Ausgaben keinerlei Ausgaben getätigt werden dürfen.

Kaspar Ryser: Amsoldingen wäre nicht die erste Gemeinde, die ohne genehmigtes Budget ins neue Jahr geht. Beispielsweise in Steffisburg wurde der Voranschlag 2 Mal abgelehnt. Das Salzen der Gemeindestrassen wäre aber kein Problem – Salz darf bestellt werden. Er habe festgestellt, dass von 2012 bis 2014 in der allgemeinen Verwaltung Mehraufwand von CHF 70'000.00 ausgewiesen wird. Das Defizit beträgt CHF 65'000 und könnte dadurch aufgefangen werden, dass der Mehraufwand bei der allgemeinen Verwaltung gestrichen wird.

Ca. im Jahr 2007 wurden für die Verwaltung 170 Stellenprozente beschlossen. Nun liest man, dass der Gemeinderat 230 % beschlossen hat.

Seiner Meinung nach steht der Finanzplan jährlich um CHF 40'000.00 zu gut da. Die „Steuerteilungen zu Lasten“ sind nach ihm um CHF 55'000.00 zu tief berücksichtigt, seiner Meinung nach ist dies eine künstlerische Darstellung.

Zudem stelle er ebenfalls fest, dass das Eigenkapital zu tief ist. Es muss unbedingt ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden.

Stefan Gyger: Alle Liegenschaften von Frau Hegner wurden auf ihre Nachkommen überschrieben. Deshalb wurden die Beträge bei den Steuerteilungen zu Lasten angepasst. Gemäss Bericht über die Verwaltungsführung wurden die gemachten Anpassungen in den Stellenprozenten als gut beurteilt. Mittlerweile wird die Finanzverwaltung für die Kirchgemeinde ebenfalls geführt. Dies war im Jahr 2007 noch nicht der Fall. Diese Arbeiten betragen rund 20 %.

Der Beschäftigungsgrad des Gemeindeschreibers betrug bis Sommer 2013 90 %, seither 80 %. Die Verwaltungsangestellte arbeitet aktuell 80 %, eine Erhöhung auf 90 und später auf 100 % ist vorgesehen. Es ist also nicht so, dass die Stellenprozente bei unverändertem Aufgabenbereich von 170 % auf 230 % erhöht wurden.

Kaspar Ryser: In der Regel werden Arbeitsplatzbewertungen vom Kanton oder Fachverband erstellt und nicht einfach vom Gemeinderat beschlossen. So sei es jedenfalls zu seiner Zeit passiert. Aus seiner Sicht sind die Stellenprozente für die Kirchgemeinde zu hoch angesetzt.

Stefan Gyger: Die Stellenprozente für die Führung der Finanzverwaltung für die Kirchgemeinde wurden berechnet. Der Aufwand beträgt tatsächlich rund 20 %.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat hat den Voranschlag an der Sitzung vom 14. Oktober 2013 beraten und genehmigt. Er bringt der Gemeindeversammlung den Finanzplan 2014 bis 2018 zur Kenntnis und das Budget 2014 zur Genehmigung:

Der Voranschlag 2014 wird

- mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 65'290.00,
- der Steueranlage von 1,74 Einheiten der einfachen Steuer und
- der Liegenschaftssteuer von 1,2 ‰ des amtlichen Wertes genehmigt.

Antrag der PBA an die Gemeindeversammlung

Der Voranschlag ist abzulehnen.

Der Gemeinderat ist zu beauftragen, ein ausgeglichenes Betriebsbudget vorzulegen.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderats wird mit 53 Ja-Stimmen gegen 58 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Traktandum 2

- 2** **2.101** **Sozialdienst**
 1.10.17 **Sozialdienst . Reglement über die Übertragung des**
 Sozialdienstes
 Regionaler Sozialdienst. Genehmigung Aufhebung Reglement
 Übertragung Sozialdienste an Thun per 31.12.2013 und
 Genehmigung Anschlussvertrag an Regionalen Sozialdienst
 Uetendorf ab 01.01.2014

Referentin Monika Brunner

Rückblick

Am 1. Januar 2002 sind das neue Sozialhilfegesetz und die Sozialhilfeverordnung in Kraft getreten. Der Punkt, dass alle Gemeinden sich einem Sozialdienst anschliessen haben, führte zu Gesprächen mit Thun und Uetendorf.

Der damalige Gemeinderat hat sich dann für Thun entschieden und im Jahre 2004 ein Reglement erlassen, worin geregelt ist, den Sozialdienst an die Stadt Thun zu übertragen. Aufgrund dieses Reglements wurde ein Zusammenarbeitsvertrag mit der Stadt Thun ausgearbeitet, welcher auf 1. Januar 2005 in Kraft trat. Seitdem war nun also der Sozialdienst Thun Ansprechpartner für unsere Bürger in Sachen Sozialhilfe.

Alles ist im Wandel, so ist auch im Sozialen seit 2005 wieder vieles gegangen. In der letzten Zeit haben sicher viele auch schon hier und dort in den Medien von der KESB gehört. Das ist die neue eingesetzte Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde, welche seit dem 1. Januar 2013 nun zuständig ist für alle Fragen in Sachen Vormundschaftsrecht.

Bis Ende 2012 war der Gemeinderat gleichzeitig auch Vormundschaftsbehörde.

Aufgrund dieser Änderung wurde letzten Herbst erneut Kontakt mit der Stadt Thun aufgenommen, um zu klären, ob man den Zusammenarbeitsvertrag anpassen und oder ergänzen müsste.

Wie bereits vorher in einem Gespräch angekündigt wurde, hat Anfang November 2012 die Stadt Thun den Zusammenarbeitsvertrag per 31.12.2013 gekündigt.

Als Grund nannte die Stadt Thun, dass sie mit den eigenen Dossiers ausgelastet sind, und es ihnen nicht mehr möglich ist, die umliegenden Dörfer weiterhin zu bedienen.

Die Kündigung erhielten auch andere Gemeinden: Zwieselberg, Nieder- und Oberstocken (Höfen ist bereits dem Regionalen Sozialdienst Uetendorf angeschlossen und daher von der Kündigung nicht betroffen).

Da der Gemeinderat bereits im 2011 mit dem Regionalen Sozialdienst Uetendorf erste Gespräche über einen möglichen Wechsel von Thun nach Uetendorf geführt hatte, konnte an diese Kontakte angeknüpft werden. Ausserdem haben sich die beiden involvierten Sozialdienste auch gegenseitig informiert und abgesprochen, so dass Uetendorf bereits im 2013 ein Teil der Aufgaben übernommen hatte.

Der Gemeinderat hat die Zusammenarbeit mit Uetendorf unter anderem auch darum angestrebt, weil bereits in Sachen Jugendarbeit mit Uetendorf zusammengearbeitet wird. Zudem ist die gute Erreichbarkeit, sei es per Auto aber auch mit dem ÖV ein wichtiger Punkt. Dem Reg. Sozialdienst Uetendorf gehören ab dem 1. Januar 2014 folgende Gemeinden an: Uetendorf, Uttigen, Thierachern, Höfen-Stocken, Amsoldingen und Zwieselberg.

Wie im Asudinger ersichtlich war, wurde der neu ausgearbeitete Zusammenarbeitsvertrag unter dem Vorbehalt unterschrieben, dass auch die Gemeindeversammlung diesem Geschäft zustimmt.

Erst während der Auflage wurde bewusst, dass – entgegen der vorgängigen Meinung – es doch nötig ist, das Reglement anzupassen bzw. ein neues Reglement auszuarbeiten und von der Gemeindeversammlung neu genehmigen zu lassen. Entsprechende Kopien wurden erstellt und den Anwesenden verteilt. Monika Brunner entschuldigt sich, dass dieser Lapsus passiert ist.

Sie informiert noch über die Zuständigkeiten im Vormundschaftswesen (KESB) und dass Amsoldingen neu Einsitz in der Sozialhilfekommission haben wird.

Beratung

Kaspar Ryser: Über das Reglement über die Übertragung der Sozialdienste an die Gemeinde Uetendorf kann heute kein Beschluss gefasst werden. Wenn kein Reglement vorliegt, kann auch der Anschlussvertrag nicht genehmigt werden.

Monika Brunner: Sie möchte daher heute zuerst darüber abstimmen lassen, ob die Stimmberechtigten damit einverstanden sind, über das Reglement über die Übertragung der Sozialdienste an die Gemeinde Uetendorf abzustimmen. Da ja das Reglement über die Übertragung der Sozialdienste an die Stadt Thun ja früher beschlossen worden ist, besteht in diesem Sinne ja bereits ein grundsätzlicher Beschluss, den Sozialdienst auszulagern.

Kaspar Ryser: Er weist darauf hin, dass dieses Vorgehen nicht rechtens ist.

Stefan Gyger: Er bestätigt diese Aussage. Daher wird nun als erstes die Frage gestellt werden, ob die Stimmberechtigten überhaupt über das Reglement über die Übertragung der Sozialdienste an die Gemeinde Uetendorf abstimmen wollen oder nicht. Bei einem Nein wird es auch keine zweite Abstimmung über die Genehmigung des Zusammenarbeitsvertrages und die Aufhebung des Reglements über die Übertragung der Sozialdienste an die Stadt Thun geben.

Irene Ryser: Wenn die Gemeinde nicht von selbst darauf gekommen wäre, dass es noch ein Reglement benötigt, hätte sie heute an der Versammlung darauf aufmerksam gemacht. Sie ist aber der Meinung, dass sicher alle einverstanden sind, den Sozialdienst nach Uetendorf zu übertragen. Es ist daher im Interesse von allen, dass darüber abgestimmt wird und es genehmigt wird.

Monika Brunner: Sie bedankt sich für dieses Votum. Es wäre schön, wenn diese Übertragung des Sozialdienstes an die Gemeinde Uetendorf per 1. Januar 2014 umgesetzt werden könnte.

Frage aus der Mitte der Stimmberechtigten: Es wird die Frage gestellt, was passieren würde, wenn der entsprechende Beschluss heute nicht gefasst wird.

Stefan Gyger: Dies würde ein grosses Problem bedeuten. Der Gemeinderat hofft daher, dass die Anwesenden dem Vorschlag zustimmen.

Irene Ryser: Falls gegen den Beschluss eine Beschwerde eingereicht würde, könnte das Ganze für die ausserordentliche Gemeindeversammlung, die es ja wegen des abgelehnten Budgets geben wird, traktandiert werden.

Abstimmungen

Erster Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

Sind die anwesenden Stimmberechtigten einverstanden, dass anlässlich der heutigen Gemeindeversammlung auch über das nicht ordentlich traktandierte Reglement über die Übertragung der Sozialdienste an die Gemeinde Uetendorf abgestimmt wird?

Beschluss

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt (auf eine Auszählung wird verzichtet).

Zweiter Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

1. **Aufhebung des Reglements mit der Stadt Thun per 31.12.2013 und Genehmigung des Reglements mit der Gemeinde Uetendorf per 01.01.2014**
2. **Genehmigung des neuen Reglements mit der Gemeinde Uetendorf per 01.01.2014**
3. **Genehmigung Zusammenarbeitsvertrag mit der Gemeinde Uetendorf betreffend Führung eines Regionalen Sozialdienstes per 01.01.2014**

Beschluss

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt (auf eine Auszählung wird verzichtet).

Traktandum 3

3 **1.10.1** **Abfallreglement**
Abfallreglement mit Gebührentarif. Genehmigung Änderung per 01.01.2014

Referent Roland Grossenbacher

Wie Niklaus Schwarz bereits gesagt hat, sollte die Abfallrechnung ausgeglichen sein. Daher wurden das Abfallreglement und der Gebührentarif genauer angeschaut.

Bisher fand die Sperrgutabfuhr jeweils im Herbst statt. Gemäss Abfallreglement ist diese jedoch im Frühling vorgesehen, daher wird die Sperrgutabfuhr nächstes Jahr im Frühling durchgeführt.

Im Gebührentarif wurden Präzisierungen vorgenommen, nicht zuletzt darum, weil an der Gemeindeversammlung vom 10. Juni 2013 angekündigt wurde, dass das Abfallreglement und der Gebührentarif überarbeitet werden, da die Kehrrechtrechnung in den letzten Jahren mit einem zu grossen Überschuss abschloss, was auf Dauer nicht zulässig aber auch nicht sinnvoll ist.

Auch mit der Rechnungsstellung der Grundgebühren an die Wohneigentümer gab es in jüngerer Vergangenheit Probleme, vor allem bei leer stehenden Wohnungen und Ferienwohnungen.

Die Baukommission hat das Abfallreglement und den Gebührentarif überprüft und zum Teil überarbeitet. Am Abfallreglement selber wurden keine Änderungen vorgenommen, da es erst vor kurzem komplett überarbeitet wurde. Im Gebührentarif wurden dagegen einige Änderungen vorgenommen, einerseits um die Rechnung ausgeglichen zu gestalten und andererseits durch Präzisierungen in Artikel 2.

Was ist neu?

Im bereits erwähnten Artikel 2 Absatz 1 geht es um die Bemessungsgrundlage und die Definition der Grundgebühr oder kurz gesagt: Wer muss wie viel bezahlen?

Im bestehenden Gebührentarif wurden die Grundgebühren nach Haushaltungen berechnet. Neu wurde dieser Absatz noch mit dem Wort Wohnung ergänzt.

Absatz 2 ist neu

Eine Haushaltung / Wohnung bezeichnet ein Studio, eine grössere Wohneinheit oder einen anderen bewohnten Raum, der mit einer Kochgelegenheit versehen ist.

Absatz 3 wurde angepasst

Die Grundgebühren werden jährlich pro Haushaltung / Wohnung (leer stehend und / oder vermietet) erhoben.

Mit der Grundgebühr werden jährlich hauptsächlich die Kosten für die Kehrichtabfuhr gedeckt, daher wird für Einzelpersonen- und Mehrpersonenhaushaltungen der gleiche Tarif verlangt. Die Menge des Abfalls wird über die Sackgebühr verrechnet.

Wie Niklaus Schwarz bereits erwähnt hat, wird für Ein- und Mehrpersonenhaushaltungen neu der gleiche Tarif angewendet. Diese Grundgebühr soll 2014 CHF 50.00 betragen.

Gebührenerlasse und Leistungsausbau

Neu wird auf die Grundgebühr fürs Kleingewerbe mit Wohnsitz in der Gemeinde verzichtet. Da auch den landwirtschaftlichen Betrieben schon seit längerem keine zusätzlichen Grundgebühren verrechnet wurden, ist das eine Gleichstellung von Gewerbe und Landwirtschaft. Auch auf die Grundgebühr für Gewerbecontainer wird verzichtet. Dies bedeutet einen Einnahmefall von ca. CHF 500.00.

Im Jahr 2014 werden je eine Karton- und Papiersammlung mehr als bisher durchgeführt. Dies bedeutet, dass alle zwei Monate eine Kartonsammlung und vierteljährlich eine Papiersammlung stattfindet.

Mit diesen Änderungen und Anpassungen kann davon ausgegangen werden, dass dies die Kehrichtrechnung ausgleicht und die Rechnungsstellung für die Verwaltung vereinfacht wird.

Beratung

Werner Oberer: Er fasst zusammen: Die Grundgebühr für Einzelpersonenhaushalte betrug bisher CHF 60.00 und soll neu CHF 50.00 betragen. Die Grundgebühr für Mehrpersonenhaushalte betrug bisher CHF 100.00 und soll neu ebenfalls CHF 50.00 betragen. Auf die Grundgebühr für Gewerbecontainer soll neu verzichtet werden. Er habe Wohnungen und Mühe damit, dass neu auch für leer stehende Wohnungen Grundgebühren bezahlt werden sollen. Er erkundigt sich nach dem Stichtag.

Roland Grossenbacher: Bei leer stehenden Wohnungen handelt es sich in der Regel um Mietwohnungen. Es gibt keinen Stichtag. Er empfiehlt Werner Oberer daher, die Wohnungen immer zu vermieten.

Werner Oberer: Als die Sackgebühr eingeführt wurde, gab dies beinahe mehr zu reden als die Ortsplanung. Mit dem heute präsentierten Vorschlag wird dem Verursacherprinzip nicht Rechnung getragen.

Roland Grossenbacher: Mit der Grundgebühr wird in erster Linie die Fahrt des Abfuhrwagens finanziert. Die Route des Abfuhrwagens wird dadurch nicht verändert, dass Wohnungen leer stehen.

Frage aus der Mitte der Stimmberechtigten: Es wird die Frage gestellt, weshalb auf die Grundgebühr für Gewerbecontainer verzichtet werden soll.

Roland Grossenbacher: Bisher wurde auch für Landwirtschaftsbetriebe keine Grundgebühr in Rechnung gestellt. Daher sollen alle gleich behandelt werden. Die Gebühren für Gewerbebetriebe mit Wohnsitz in der Gemeinde sind nicht massgebend.

Irene Ryser: Sie fragt sich, weshalb für Ferienwohnungen bezahlt werden soll, für Kleingewerbe aber nicht.

Roland Grossenbacher: Der Verzicht auf die Grundgebühren beim Kleingewerbe ergibt Mindereinnahmen von rund CHF 500.00.

Kaspar Ryser: Er bemerkt, dass es wohl mehr Gewerbecontainer als leere Wohnungen gibt.

Stefan Gyger: Wie erwähnt wurde: Das örtliche Gewerbe soll unterstützt werden, auch wenn es sich dabei nur um einige wenige Franken handelt. Dies ist der Grund, weshalb darauf verzichtet werden soll.

Er habe sich zudem auch geärgert, als ihm von der Gemeinde Reutigen die Rechnung für die Abfallgebühren für sein Ferienhaus gestellt worden sei. Er bezahle diese Rechnung aber auch.

Egal ob leer stehend oder nicht. Hier spricht man von jährlich CHF 50.00. Früher in dieser Versammlung wurde erwähnt, dass die Verwaltung zu viel kostet. Man kann auch zu viel Aufwand betreiben: Man stelle sich vor: Die Verwaltung muss für einen Betrag von CHF 50.00 zuerst abklären, ob eine (Ferien-)Wohnung vermietet ist / war oder nicht bzw. wie lange und muss anschliessend eine Pro-Rata-Rechnung erstellen.

Der Verwaltung ist nicht bekannt, ob eine Wohnung vermietet ist oder nicht. Der Lastwagen fährt jedoch so oder so zum Container hin, um diesen zu leeren.

Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

Die Änderungen im Gebührentarif zum Abfallreglement werden per 1. Januar 2014 genehmigt.

Beschluss

Dem Antrag des Gemeinderats wird mit 74 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen zugestimmt.

Stefan Gyger: Er unterbricht die Versammlung für eine Kurzberatung mit den Ratsmitgliedern. Er informiert anschliessend, dass die Frage diskutiert wurde, ob das nächste Traktandum aufgrund des abgelehnten Voranschlags zurückgezogen werden soll oder nicht. Die Ratsmitglieder kamen zum Schluss, das Traktandum wie geplant zu behandeln, um die Voten aus der Bevölkerung zu hören. Den Ratsmitgliedern ist jedoch klar, dass ohne genehmigten Voranschlag auch die vorgeschlagenen Änderungen nicht umgesetzt werden können.

Traktandum 4

**4 1.10.15 Personalreglement
Änderungen Anhang II Entschädigungen per 01.01.2014.
Konsultativabstimmung**

Referent Stefan Gyger

Im Jahr 2012 hat der Gemeinderat die Entschädigungen für den Gemeinderat und die Kommissionsmitglieder anpassen wollen. Aufgrund des darauf eingereichten Referendums wurde an der Gemeindeversammlung vom 10. Juni 2013 über diese Anpassungen abgestimmt.

Die Stimmberechtigten haben entschieden, dass der Gemeinderat den Anhang II des Personalreglements neu überarbeitet und heute als Konsultativabstimmung nochmals vorlegt.

Warum Anpassungen gerechtfertigt sind, wurde vor einem Jahr sowie auch im Juni ausführlich aufgezeigt. Deshalb wird heute auf diese Ausführungen verzichtet.

Im Juni wurde beanstandet, dass man in Amsoldingen keine Pauschalentschädigung fürs Präsidium will, sondern eine angemessene Grundpauschale und entsprechende Taggelder.

Ebenfalls seien die Taggelder zu hoch gewesen.

Diese Punkte wurden nun angepasst.

Präsidium

Die Grundentschädigung wurde nun auf CHF 9'500.00 angepasst, welche Telefonate, Aktenstudium und ausarbeiten von Vorschlägen, Sitzungsvorbereitungen etc. beinhaltet. Spesen hätten auch angepasst werden sollen, da doch einiges anfällt. Gemeindeversammlungen und die rund 17 Gemeinderatssitzungen können nicht mehr wie bisher noch separat aufgeschrieben werden. Diese sind neu bereits in der Grundentschädigung enthalten.

Ratsmitglieder

Beim Gemeinderat wurden die Jahresentschädigungen auf CHF 4'500.00 und beim Vizepräsidium auf CHF 5'000.00 erhöht. Auch hier können die rund 17 Gemeinderatssitzungen und die Gemeindeversammlungen nicht mehr zusätzlich aufgeschrieben werden, sondern sind mit dieser Entschädigung abgegolten.

Schulkommission

Der Aufwand ist in den letzten Jahren gestiegen. Bei der Schulkommission wurde die Jahresentschädigung des Präsidiums auf CHF 1'500.00 angepasst. Beim Ressortvorsteher ändert sich unter dem Strich eigentlich nichts, da in der Erhöhung die Kommissionssitzungen ebenfalls nicht mehr separat entschädigt werden, ca. 11 Stück pro Jahr.

Baukommission

Hier verhält es sich beim Präsidium gleich wie bei der Schulkommission. Der Ressortvorsteher erhält unter dem Strich sogar leicht weniger als bisher, da auch hier die Kommissionssitzungen bereits enthalten sind, ca. 11 Sitzungen pro Jahr.

Taggelder

Bei Abstimmungen wurden die Entschädigungen sogar gegen unten angepasst. Anstatt CHF 100.00 gibt es bei Abstimmungen nur noch CHF 50.00, bei Wahlen dann wie bisher CHF 100.00.

Eine Anpassung, welche auch dem Wunsch der Juni-Gemeindeversammlung entspricht, ist, dass die Taggelder nicht so stark erhöht werden.

Die Basis für die Berechnung dieser Taggelder entspricht heute einem Stundenlohn von CHF 18.00. Im abgelehnten Reglement wäre es auf einer Stundenlohnbasis von CHF 40.00 gewesen. Der heutige Vorschlag basiert auf einem Stundenlohn von CHF 30.00.

Es wurden Vergleiche mit Gemeinden gemacht, welche in den letzten zwei, drei Jahren ihre Entschädigungen auch angepasst haben. Dabei wurde festgestellt, dass der heute präsentierte Vorschlag im guten Mittelfeld liegt.

Der Gemeinderat ist überzeugt, mit dieser Variante eine gute und für Amsoldingen tragbare Lösung gefunden zu haben.

An dieser Stelle hält Stefan Gyger fest, dass diese Änderungen nicht in Kraft gesetzt werden, solange kein genehmigter Voranschlag für das Jahr 2014 vorliegt.

Beratung

Irene Ryser: Sie hätte es gut gefunden, wenn auch das Total Mehrkosten aufgezeigt worden wäre und nicht nur die einzelnen Positionen. Auf den ersten Blick sehen die Ansätze nämlich nach einer Reduktion aus. Bei der Entschädigung der Ratsmitglieder von CHF 4'500.00 kommen die Ratsmitglieder mit der neuen Variante noch besser weg als mit der Vorherigen. Gemäss den aus dem Voranschlag 2014 zusammengezogenen Zahlen sind rund CHF 47'000.00 für die Ratsentschädigungen budgetiert. Dies entspricht einer Erhöhung von CHF 22'000.00. Für eine Gemeinde, die von den Reserven zehrt, ist dies unverhältnismässig. Wenn die Kommissionsentschädigungen ebenfalls noch dazugerechnet werden, ergibt dies eine Erhöhung von CHF 29'000.00. Die PBA ist nach wie vor gegen diese Erhöhung und empfiehlt diese zur Ablehnung.

Stefan Gyger: Bei der Überarbeitung der Entschädigungen ging man in erster Linie davon aus, dass die Höhe der Tagespauschalen das Problem war und daher der erste Vorschlag abgelehnt worden ist. Die Tagespauschalen wurden daher stark heruntergeschraubt. Es ist jedoch korrekt, dass gemäss dem heute vorliegenden Anhang II die Entschädigungen rund um CHF 20'000.00 höher sind.

Yvonne Schädler: Sie stellt in Frage, wer von den Anwesenden für dieses Geld überhaupt einen solchen Aufwand betreiben würde.

Applaus im Saal

Irene Ryser: Ihr sei durchaus bekannt, was ein Gemeindepräsident leistet. Sie arbeite auf der Gemeinde Jaberg. Der dortige Gemeindepräsident habe einen grossen Aufwand, zudem bestünden auch keine Kommissionen. Seine Entschädigung sei jedoch tiefer.

Yvonne Schädler: Ihr kommt es vor wie in einem Kindergarten – Alles was gemacht wird, ist schlecht.

Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat beantragt in einer Konsultativabstimmung, den neuen Anhang II des Personalreglements per 01.01.2014 in Kraft setzen zu können.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderats wird mit 54 Ja-Stimmen gegen 56 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stefan Gyger: Er wertet diese knappe Ablehnung so, dass bei der Überarbeitung schon einiges verbessert worden ist.

Traktandum 5

5	5.300	Primarschule
	1.500.3	Spezialkommissionen
		<u>Planungsgruppe Bildung Amsoldingen 2015. Informationen</u>

Referentin 1. Teil Barbara Kipfer

Warum brauchen wir in Amsoldingen eine Planungsgruppe Bildung 2015?

Sie blendet etwas zurück: Vor nun ca. 5 Jahren kam Höfen mit der Anfrage auf Amsoldingen zu, ob eine Zusammenarbeit auf Ebene der Schule geprüft werden könnte, da sich in Höfen u. a. aufgrund der unstabilen Schülerzahlen die Schulplanung immer schwieriger gestaltete. Auch für die damaligen Schulverantwortlichen in Höfen waren 4- bis sogar 6-Jahrgangsklassen für die Zukunft keine gangbare Lösung. Im Wissen, dass dies auch für die Amsoldinger Schule Sinn macht, stiess Höfen auf offene Ohren und daraus entstand mit viel Arbeit und Herzblut im Jahr 2010 die heutige Schule Amsoldingen-Höfen. Davon wurde – darf gesagt werden – im Kanton als Vorzeigeprojekt gesprochen.

Die Kinder haben sich bestens darauf eingestellt, dass sie mit dem Bus oder auch mit dem Fahrrad in einem anderen Dorf zur Schule gehen können und es erfüllt sie mit Stolz, dass die Erwachsenen ihnen diese Selbständigkeit zutrauen. Trotz z.T. anfänglicher Skepsis zeigt sich gerade der Schülertransport heute als absolut unproblematisch. Auch entstandene Freundschaften über die Gemeindegrenzen hinweg sind wertvoll und sollen auch von Kindern nicht gemisst werden.

Die heutige Schule funktioniert sehr gut, auch wenn sie mit ca. 100 Schülerinnen und Schülern noch immer zu den Kleinstschulen gehört. Viele Ressourcen können in einer grösseren Schule genutzt werden wie etwa die Verbesserung der Unterrichtsqualität, Optimierung der Klassengrössen, besseres Auffangen der Schwankungen bei den Schülerzahlen, sichere Anstellung der Lehrpersonen, bessere Ausnutzung der Infrastruktur, um nur einige wenige zu nennen.

Im Frühling dieses Jahres haben nun die drei Nachbargemeinden die Fusion beschlossen. In ihrem Grundlagenbericht zur Fusion stand zum grossen Erstaunen geschrieben, dass die neue Gemeinde eine eigene Schule anstrebt, d.h. wieder eine Kleinstschule mit ca. 60 Schülern. Die knapp 20 zusätzlichen Kinder von Stocken hätten problemlos in der aktuellen Schule Amsoldingen-Höfen integriert werden können, die Schule hätte nur mit sehr kleinem Aufwand weitergeführt werden können. Die neue Gemeinde entschied sich aber, den laufenden Schulvertrag mit Amsoldingen zu kündigen. Trotz vielen Gesprächen z.T. auch mit Unterstützung des Schulinspektorats resultierte leider nie ein klares ja, dass eine weitere Zusammenarbeit erwünscht ist, immer nur ein vielleicht.

Die Zeit drängt und es kann nicht zugewartet werden, wenn Amsoldingen im 2015 mit der Schule nicht wieder allein dastehen will. Aus diesem Grund hat sich der Gemeinderat entschieden, eine Planungsgruppe Bildung einzusetzen mit dem ehrgeizigen Ziel, ab Sommer 2015 für Amsoldingen eine sinnvolle, zeitgemässe und nicht zuletzt auch finanzierbare Schullösung bereit zu halten.

Es freut sie sehr, dass die Planung der Schulzukunft in den Händen einer sehr engagierten und kompetenten Gruppe liegt. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

Simon Widmer	Präsident Planungsgruppe, Schuko Mitglied Amsoldingen-Höfen
Katrin Bühler	Elternvertretung
Beat Däpp	Präsident Schulkommission Amsoldingen-Höfen
Cornelia Feldmann	Elternvertretung (heute entschuldigt)
Barbara Kipfer	GR Ressort Bildung
vakant	Vertretung PBA

Die PBA wurde von Anfang an eingeladen, eine Vertretung zu melden. Leider ist diese Position derzeit nicht besetzt. Sie würde es sehr begrüßen, wenn die PBA baldmöglichst eine schulinteressierte Person meldet. Es ist ein grosses Projekt – die Planungsgruppe ist froh um jede Unterstützung.

Barbara Kipfer übergibt das Wort an Simon Widmer, Präsident der Planungsgruppe.

Referent 2. Teil Simon Widmer

Die Schule und das Bildungswesen sind bedeutende Themen in der Gesellschaft. Er möchte die Anwesenden nicht lange mit weisen Sprüchen belästigen, aber das Zitat, welches Bill Gates vor 15 Jahren gesagt hat, trifft das Ziel ziemlich genau:

«Ich beneide die Kinder von morgen. Ich selbst war ein privilegierter Junge, ich konnte auf gute Schulen und Universitäten gehen; aber Kinder, die in 20 Jahren aufwachsen, werden weit bessere Bildungschancen haben, als ich sie je hatte.»

Die Mitglieder der Planungsgruppe haben das Ziel einer guten, modernen und finanzierbaren Schule, in der sie selber gerne wieder die Schulbank drücken würden.

Eine moderne zeitgerechte Schule ist das Ziel. Was heisst das genau?

Wie bisher werden 1- bis 2 Jahrgangsklassen angestrebt.

Die Erfahrung zeigt, dass sich dieses Modell qualitativ sehr bewährt.

Lehrer sollen längerfristig stabile Arbeitsverhältnisse vorfinden. Attraktive Lehrerpensen fördern die Qualität und Nachhaltigkeit der Schule.

Fakultative Zusatzlektionen hängen von der Grösse der Schule ab. So kann das Unterrichtsangebot vielfältig gestaltet werden. Es gilt, je grösser eine Schule ist, desto vielfältiger ist das fakultative Unterrichtsangebot.

Ein weiteres Ziel sind effiziente Führungsstrukturen.

Bei kleinen Schulen mit schwankenden Jahrgangszahlen und ständig wechselnden Klasseneinteilungen sind die finanziellen Auswirkungen nur schwer abzuschätzen.

Die Schule Amsoldingen soll längerfristig in eine stabile Zukunft geführt werden, ohne dass man den ständigen Spar-, Klassenzusammenlegungs- und Schliessungsdruck spürt.

Bei einer möglichen Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden sind Schülertransporte wie bis anhin nicht auszuschliessen. Diese sind möglichst moderat zu halten.

Folgende Vorgaben empfiehlt der Kanton zur Umsetzung:

Idealerweise sollte eine Schule 8 Klassen und mehr aufweisen.

Das Schulleiterspensen einer geführten Schule sollte grösser als 50 % sein.

Eine Klassengrösse von 19 bis 20 Schülern wird vom Kanton angestrebt (genau gesagt, 19.7 Schüler)

Die Gemeinden sind in der Umsetzung dieser Vorgaben im Moment noch autonom.

Durch den Spardruck des Kantons kann sich dies jedoch schnell ändern und der Druck auf kleine Schulen mit kleinen Klassen nimmt stetig zu.

Schliessungen und Zusammenlegungen wären die Folgen.

Die Planungsgruppe ist der Meinung, dass eine gemeinsame Schule eine sehr gute Lösung für Amsoldingen wäre.

Unter gemeinsamer Schule wird von einer Zusammenarbeit auf Vertragsbasis mit gleichwertigen Partnern ausgegangen.

Der Schulraum Amsoldingen würde weiterhin von Amsoldinger Schülern benutzt.

Mit 60 Schülern würden diese sicher genügend Raum in der Anlage finden. Miteinander können mit moderaten Schülertransporten optimale Klassengrössen geplant werden.

Die Führungsstruktur einer gemeinsamen Schule kann effizienter gestaltet werden.

(Z.B. kann der Schulkommissionsaufwand gleichmässig auf die Partner verteilt werden, die Schulleitung hat bei einer gemeinsamen Schule ein entsprechend höheres Pensum zur professionellen Leitung der Schule zur Verfügung.)

Stabilere und grössere Schülerzahlen erlauben einer Schulleitung eine optimalere Planung der Klassen.

Wie gesagt - eine grössere Schule hat Anspruch auf fakultative Zusatzlektionen, die eine Schule interessanter und abwechslungsreicher machen.

Im Fokus ist immer eine moderne und zukunftsorientierte Schule.

Aus diesem Grund hat die Planungsgruppe den Kontakt mit den umliegenden Gemeinden aufgenommen. Das sind die Gemeinden Thun (SH Allmendingen), Stocken-Höfen, Thierachern und Uebeschi.

Erste Gespräche fanden mit allen Gemeinden bereits statt.

Thun plant, die Schule in Allmendingen umzustrukturieren. Durch den anfallenden Mehraufwand dieser Umstrukturierung sieht Thun keine freien Ressourcen, um eine zukünftige Zusammenarbeit zu planen. Aus diesem Grund wurden die Verhandlungen nach einem konstruktiven Gespräch wieder abgebrochen.

Die Gespräche mit Stocken-Höfen erwiesen sich bis jetzt als sehr schwierig und zäh.

Die 3er Fusion mit der Umsetzung, die Kündigung des Schulvertrages und die Information von Höfen-Stocken, dass sie eine eigene Schule planen, belasteten die Gespräche.

Nach der Gemeindeversammlung Stocken-Höfen stand im Thuner Tagblatt geschrieben: „Amsoldingen möchte auf den Zug aufspringen“.

Momentan wird die Frage geklärt, ob Amsoldingen als gleichberechtigter Partner oder nur als Trittbrettfahrer wahrgenommen wird.

Für die Planungsgruppe Bildung ist es zwingend notwendig, dass sie in der Planung und Umsetzung als absolut gleichberechtigte Partner auftreten kann. Das ist eigentlich die übliche Situation bei Vertragsverhandlungen.

Das Gespräch mit Uebeschi erwies sich als konstruktiv und offen. Momentan führt Uebeschi eine eigene kleine Schule mit schwankenden, tendenziell sinkenden Schülerzahlen. Daher suchen auch sie nach einem möglichen Partner.

Auch das Gespräch mit Thierachern verlief positiv.

Denkbar wäre auch eine Zusammenarbeit der drei Gemeinden Amsoldingen, Thierachern und Uebeschi.

Im Bereich der Oberstufe funktioniert diese Zusammenarbeit bereits seit längerer Zeit bestens.

In einem weiteren Treffen wird das Thema intensiv besprochen.

Zum weiteren Vorgehen

Momentan wird die Planungsgruppe die Gespräche mit Stocken-Höfen und Thierachern / Uebeschi weiterführen. Der Ausgang dieser Gespräche wird mit Spannung erwartet.

Wir sind selber über den Ausgang sehr gespannt.

Mit einem Infolyer und der Infoveranstaltung vom Dienstag, 11. März 2014 wird die Bevölkerung wieder über den aktuellen Stand informiert.

Anlässlich dieser Infoveranstaltung soll gemeinsam der politische Wille festgelegt werden, in welche Richtung die weitere Planung fortgesetzt werden kann und soll. Anschliessend soll dann gut vorbereitet der weitere Weg anlässlich der Gemeindeversammlung vom 27. Mai 2014 bestimmt werden.

Simon Widmer hält fest, dass er und die übrigen Mitglieder der Planungsgruppen jederzeit offen für Fragen und Anregungen sind – auch ausserhalb der öffentlichen Veranstaltungen.

Beratung

Stefan Gyger: Er erkundigt sich, wann die nächste Sitzung der Planungsgruppe stattfindet. Es wäre begrüssenswert, wenn bis dahin eine Vertretung der PBA bekannt ist, welche den vakanten Sitz einnehmen kann.

Simon Widmer: Die nächste Sitzung findet nächsten Dienstag, 3. Dezember 2013 statt.

Traktandum 6

Bevor Gemeindepräsident Stefan Gyger das Wort zur Diskussion eröffnet, hat er selber noch einige Mitteilungen und zwei Verabschiedungen zu machen.

6 **1.372** **Gemeindeversammlung. Verschiedenes**
 1.10.9 **Gebührenreglement mit Gebührentarif**
 Änderungen. Information

Referent Stefan Gyger

In nächster Zeit wird die Änderung im Gebührenreglement mit Gebührentarif publiziert werden.
Ab nächstem Jahr müssen die Einbürgerungswilligen einen Einbürgerungstest absolvieren. Diese Änderung der übergeordneten Gesetzgebung erforderte eine Änderung im Gebührenreglement.
Im Gebührenreglement wurde zudem die Gebühr für Einzelauskünfte aus der Einwohnerkontrolle von CHF 10.00 ergänzt. Die Grundlage dazu findet sich im Datenschutzreglement der Gemeinde Amsoldingen.
Bei diesen Änderungen handelt es sich in erster Linie um rechtliche Akte, welche kaum Einfluss auf die Einwohner von Amsoldingen haben werden.

7 **1.372** **Gemeindeversammlung. Verschiedenes**
 1.10.15 **Personalreglement**
 Änderungen Anhang I. Information

Referent Stefan Gyger

In nächster Zeit wird die Änderung im Anhang I des Personalreglements publiziert werden. Früher in der heutigen Versammlung wurde über Anhang II des Personalreglements gesprochen, jetzt geht es um Änderungen im Anhang I des Personalreglements. Dieses Jahr mussten die Gemeinden mit einer eigenen Schule ein Schulsekretariat einrichten. Deshalb wurde diese Funktion neu im Anhang I des Personalreglements aufgenommen.
Weiter wurde noch die Bezeichnung Hallenwart MZH in Abwarte umbenannt.
Auch hier handelt es sich um einen rein rechtlichen Akt ohne weitere Auswirkungen.

8 **1.372** **Gemeindeversammlung. Verschiedenes**
1.500.1 **Baukommission**
Luginbühl Gerhard. Verabschiedung

Referent Stefan Gyger

Gerhard Luginbühl muss verabschiedet werden. Er muss nach nun 12 Jahren aufgrund der Amtszeitbeschränkung die Baukommission verlassen.

Er bedankt sich vielmals bei Gerhard Luginbühl für seinen Einsatz, den er in den letzten 12 Jahren gezeigt hat. Es ist heute nicht mehr selbstverständlich, so engagierte Personen im Dorf zu finden. Er bittet ihn nach vorne und übergibt ihm eine Flasche Wein. Anlässlich der letzten diesjährigen Baukommissionssitzung wird dann noch die „richtige“ Verabschiedung erfolgen.

Applaus im Saal

9 **1.372** **Gemeindeversammlung. Verschiedenes**
1.431 **Demissionen / Personelles**
Grossenbacher Roland. Verabschiedung

Referent Stefan Gyger

Heute ist dies die letzte Gemeindeversammlung auf dieser Seite des Tisches von Roland Grossenbacher. Er hat seine Amtszeit als Gemeinderat am 01. Januar 2006 angetreten. Roland Grossenbacher habe schon immer gesagt, dass er nie länger als 8 Jahre im Rat mitmachen werde – und er hat sich leider an diese Ansage gehalten.

Sein erstes Ressort war das Soziale und dies zu einer Zeit, wo die ersten grösseren Veränderungen in diesem Bereich stattgefunden haben, wie z.B. im Bereich des Spitalverbands. Auch die Zusammenarbeit mit der offenen regionalen Jugendarbeit Uetendorf wurde in seiner Zeit zum ersten Mal intensiviert.

Von 2009 bis 2012 amtierte Roland Grossenbacher als Vizepräsident. Er war auch dabei, als der Gemeinderat im 2010 von 7 auf 5 reduziert worden ist und so die Aufgaben für den einzelnen Gemeinderat anwuchsen. Im Sommer 2011 wechselte Roland Grossenbacher zum Ressort Bau, bei welchem immer viel ansteht.

In seiner kurzen Zusammenarbeit mit Roland Grossenbacher kann er bestätigen, was ihm frühere Ratsmitglieder über ihn mitgeteilt haben: Er hat den Gemeinderat immer unterstützt und die Entscheide mitgetragen. Er war immer ein guter und zuverlässiger Ratskollege. Er bedankt sich vielmals bei Roland Grossenbacher für seinen Einsatz und übergibt ihm ebenfalls eine Flasche Wein. Die „richtige“ Verabschiedung wird dann an der letzten diesjährigen Gemeinderatssitzung stattfinden.

Applaus im Saal

Roland Grossenbacher: Er bedankt sich und möchte an dieser Stelle noch etwas zu Gerhard Luginbühl sagen: Er hoffe sehr, dass er der Gemeinde als technischer Mechaniker erhalten bleibe: Als einmal Rauch aus der Lautsprecheranlage in der Mehrzweckhalle aufgestiegen ist, haben alle gedacht, jetzt geht nichts mehr. Gerhard Luginbühl hat sich dann aber der Sache angenommen, ein kleines Teil ausgewechselt und dadurch der Gemeinde viel Geld gespart. Er hofft daher, dass Gerhard Luginbühl für die Anlage weiterhin zur Verfügung steht.

Applaus im Saal

10 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
2.184 Jugendarbeit
Jugendraum in der Mehrzweckanlage. Aufruf

Referent Stefan Gyger

Heute Nachmittag hätte eigentlich der Jugendraum hier in der Mehrzweckhalle, unten in der ehemaligen Bar, offen sein sollen. Er ruft die Anwesenden auf, ihre Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 12, sowie zwischen 13 und 18 Jahren auf dieses Angebot aufmerksam zu machen. Der Raum selbst und das umliegende Areal bieten genügend Platz fürs Spielen, sich Messen und Toben. Der Jugendraum Amsoldingen ist ein betreuter Treff ohne Kioskbetrieb. Die Öffnungszeiten sind im Asudinger publiziert.

11 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
1.1881.1 Turnverein
Jubiläumsfeier. Aufruf zum Mitmachen

Referent Stefan Gyger

Morgen Abend findet hier in der Mehrzweckhalle das 75-Jahr-Jubiläum des Turnvereins Amsoldingen statt. Um 18.00 Uhr beginnt der Spaghetti-Plausch und um 20.00 Uhr die Vorführungen der Riegen.

Es ist sehr schön zu sehen, wie viele Kinder in den Riegen, sei es dem MUKI, dem KITU oder der JUGI, mitmachen. Sehr bedenklich ist jedoch, dass der Turnverein sich überlegen muss, unter Umständen eine dieser Riegen zu schliessen oder einzelne dieser gut besuchten Angebote nicht mehr anzubieten, da sich einfach zu wenige Helfer zur Verfügung stellen, um mit den Kindern und Jugendlichen zusammen zu turnen. Er ruft auf: Das Mitmachen im Turnverein würde der Jugend sehr dienen.

12 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
1.1881.2 Musikgesellschaft
Anlass für Bevölkerung. Aufruf

Referent Stefan Gyger

Am Sonntag hat ein zweiter grosser und wichtiger Verein, die Musikgesellschaft Amsoldingen, einen Anlass für die Amsoldinger Bevölkerung. Sie eröffnet mit der traditionellen 1. Advent-Feier bei der Brätlistelle im Bodenwald die Adventsfenster. Um 16.00 Uhr kommt der Samichlous.

13 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
1.1881.4 Frauenverein
Adventsfenster

Referent Stefan Gyger

Er kommt zu einem dritten wichtigen Dorfverein, dem Frauenverein. Man bekommt gar nicht so mit, was der Verein im Hintergrund alles macht.
Der Frauenverein hat auch für dieses Jahr wieder die Adventsfenster organisiert. Wer wann, wo, welches hat, wurde mit einem Flugblatt bekannt gegeben. Wichtig zu wissen ist, dass alle Amsoldinger Bürger an diese Adventsfenster gehen dürfen, es sollen nicht nur „gegenseitige Fensterbesuche“ stattfinden.

14 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
1.442 Ehrenamtliche Tätigkeit (Apéro)
Freiwilligenapéro vom 4. Dezember 2013

Referent Stefan Gyger

Er werde allen weiteren Vereinen seinen Dank am 4. Dezember 2013 beim Freiwilligenapéro aussprechen. Ohne die Vereine wäre Amsoldingen nur halb so lebenswert.

15 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
1.371 Gemeindeversammlung. Terminplanung
Bekanntgabe Termine Gemeindeversammlungen 2014

Referent Stefan Gyger

Er gibt noch die Daten der Gemeindeversammlungen im 2014 bekannt:
Dienstag, 27. Mai 2014 und neu **Donnerstag**, 27. November 2014, da im November und Dezember am Freitag oft Firmenanlässe sind.

16 1.372 Gemeindeversammlung. Verschiedenes
Diskussion. Allgemeine Umfrage

Kaspar Ryser: Er erkundigt sich, ob dies neu sei, dass ein Haus (Steghalten) mit einem Schlauch zum Hydranten an der Wasserversorgung angeschlossen werde. Zudem möchte er wissen, wer dann dieses Wasser bezahlt.

Stefan Gyger: Diese Situation ist ein grosses Ärgernis. Es ist ein Wasserzähler angebracht, der effektive Wasserverbrauch kann also effektiv verrechnet werden. Falls durch die tiefen Temperaturen ein Schaden entsteht, wird die Gemeinde die dadurch verursachten Kosten nicht übernehmen.

Barbara Indermühle: Sie habe sich schon einmal an einer Gemeindeversammlung gemeldet und sich für das Trottoir Sandgrube eingesetzt. An dieser Stelle bedankt sie sich, dass dieses Trottoir so schnell erstellt worden ist.

Applaus im Saal

Schlussworte

Barbara Kipfer: Sie bedankt sich bei Gemeindepräsident Stefan Gyger für seinen grossen Einsatz. Es ist schön zu sehen, wie er sich mit Herzblut für die Gemeinde engagiert und dennoch noch Zeit findet, in den Vereinen aktiv am Dorfleben teilzunehmen. So ist und bleibt Stefan Gyger der Präsident des Volks. Es kann passieren, was will – Stefan Gyger sehe das Glas immer halbvoll. Sie hofft, es geht so weiter.

Sie schliesst mit dem Sprichwort: „Ärgere dich nicht, dass der Rosenstrauch Dornen trägt sondern freue dich, dass der Dornenstrauch Rosen trägt.“

Stefan Gyger: Er bedankt sich bei allen Anwesenden für das zahlreiche Erscheinen und für das Engagement, das gezeigt wurde und wünscht allen besinnliche Festtage und eine schöne Adventszeit.

Applaus im Saal

Für richtiges Protokoll

Gemeindeversammlung Amsoldingen

Gemeindepräsident

Gemeindeschreiberin

Stefan Gyger

Therese von Känel

Genehmigungsverbal

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 13. Januar 2014 wurde das vorliegende Protokoll gemäss Artikel 65 Absatz 3 der Gemeindeordnung genehmigt.

Gemeinderat Amsoldingen

Gemeindepräsident

Gemeindeschreiberin

Stefan Gyger

Therese von Känel